

Beschlussprotokoll II

der 17. Sitzung des Bundesrates vom 30. April 1969

I. Umfrage

Herr Spühler

- orientiert über die Situation nach der Niederlage und der Demission von General De Gaulle in Frankreich. Die grossen historischen Verdienste des Generals liegen zweifellos in seiner Haltung im Zweiten Weltkrieg (résistance) sowie in der Lösung des Algerien-Problems. Bestritten sind hingegen seine aussenpolitischen Aktionen, namentlich seine Haltung der atlantischen Gemeinschaft und dem Osten gegenüber, doch wird das definitive Urteil natürlich erst durch spätere Generationen gefällt. Die Nachfolge ist noch offen, doch auch wenn ein Gaullist gewählt wird, so ist mit einer gewissen Erosion der bisherigen Aussenpolitik Frankreichs zu rechnen. Man denkt namentlich an eine Aenderung der Haltung gegenüber Kanada, der atlantischen Allianz und dem Mittleren Osten. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die Lage in Frankreich momentan ruhig. Ob diese Ruhe von Dauer ist, ist aber eine andere Frage. Die finanztechnische Stellung des französischen Francs ist derzeit relativ stark. Es bestehen erhebliche Reserven. Eine Abwertung ist für die allernächste Zeit nicht zu befürchten, doch ändert sich zwangsläufig die Situation, wenn es zu einer Aufwertung der D-Mark kommen sollte. In der Haltung Frankreichs gegenüber dem Beitrittsbegehren Englands zur EWG wie auch anderer Staaten, die sich um eine Mitgliedschaft interessieren, ist keine rasche Aenderung zu erwarten. Vieles hängt nun davon ab, wer als neuer Präsident gewählt wird und ob die Nationalversammlung aufgelöst wird. Angesichts dieser ungelösten Fragen ist kurzfristig eher mit einer Blockierung der Integrationsbewegung in Europa zu rechnen. Herr Schaffner teilt die Beurteilung der Lage durch den Chef des EPD in allen Punkten. Er stellt ferner fest, dass auch die Kapitalflucht bisher nicht übermässig war und die Schweiz dabei mehr als Transitland denn als Zufluchtsort benützt wurde. In Deutschland sind die Meinungen über die Opportunität einer Aufwertung nach wie vor geteilt. Sehr schwach ist das englische Pfund. Im Falle einer Belebung der Verhandlungen zwischen England und der EWG würde sich mit grosser Wahrscheinlichkeit



zeigen, dass England den Anschluss an die EWG gar nicht mit der immer wieder betonten Ernsthaftigkeit sucht. Ein Mitmachen Englands in der EWG wäre, mit Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Schwäche, für dieses Land ein geradezu gefährliches Unterfangen. Was unsere eigenen Beziehungen mit Frankreich anbetrifft werden diese, wer auch immer das Rennen um die Präsidentschaft gewinnen mag, nicht leichter werden. Herr Bundespräsident von Moos teilt seinerseits die Auffassungen der Vorredner, macht aber bezüglich der Haltung Englands darauf aufmerksam, dass sich doch beide grossen Parteien auf den Beitritt zur EWG festgelegt haben, so dass sie nun das Problem aus politischen Gründen geradezu neu aufgreifen müssen. Es wird auch interessant sein, die Haltung Brüssels zu beobachten: Bisher konnte stets mit dem Hinweis auf die Haltung des französischen Staatspräsidenten ausgewichen werden, inskünftig spielt dieses Alibi nicht mehr. Das wird sich auf die Verhandlungen auswirken. - Bezüglich der Information der Presse wird der Bundeskanzler zur Erklärung ermächtigt, dass sich der Bundesrat im Rahmen der Instruktionserteilung für die Ministertagung der EFTA zwangsläufig auch mit der integrationspolitischen Lage auf Grund der neuen Entwicklung in Frankreich befasst habe;

- teilt mit, dass als Datum des Papstbesuches nun definitiv der 10. Juni in Aussicht genommen worden ist. Der Papst kommt um 0900 Uhr in Cointrin an, und zwar mit einem Swissair-Flugzeug. Der Bundesrat bereinigt das Programm, soweit es für ihn wesentlich ist, und bestimmt als Empfangsdelegation die Herren Bundespräsident von Moos, die Bundesräte Spühler, Schaffner und Bonvin sowie den Bundeskanzler. Als Geschenk wird eine Skulptur von Rossi in Aussicht genommen und das Politische Departement für dessen Ankauf ermächtigt. Von Seiten der PTT ist ferner die Frage aufgeworfen worden, ob eine Sondermarke herausgegeben werden soll, oder ob eventuell ein Ueberdruck in Aussicht zu nehmen sei. Der Rat stellt den Entscheid darüber noch aus, um an der nächsten Sitzung dazu die Meinung von Herrn Bundesrat Bonvin zu hören.

Herr Bundespräsident von Moos

- verweist auf das Boumedienne-Interview, worüber vor einigen Tagen in der Presse berichtet wurde, und worin der Schweiz Voreingenommenheit gegenüber den arabischen Staaten wegen der anhaltenden Inhaftierung der palästinensischen Attentäter in Zürich vorgeworfen wird. Der Bundesrat hat sich nichts vorzuwerfen, wie denn offenbar der Vorwurf Boumediennes auch in erster Linie an die Justizbehörden des Kantons Zürich gerichtet war. Die Bundesanwaltschaft ist aber dessen ungeachtet der Ansicht, dass man die Angelegenheit nicht einfach auf sich beruhen lassen sollte. Die Zürcher Behörden beabsichtigen nun, gegen Ende der Woche zu reagieren. Es wäre ihnen aber damit gedient, wenn sie in gewissem Sinne einen Aufhänger hätten, etwa in einer Erklärung des Bundeskanzlers vor der Presse,

dass der Bundesrat davon Kenntnis genommen habe, dass die Bundesbehörden aber nicht einzugreifen gedenken. Herr Spühler teilt mit, dass man im EPD zum Schluss gekommen sei, die Schweizerische Botschaft in Algier zu beauftragen, sich nach dem genauen Text des Interviews von Boumedienne zu erkundigen. Auf Grund der Diskussion wird der Bundeskanzler ermächtigt, auf Anfrage hin, der Presse bekanntzugeben, dass das Politische Departement in Algier die erwähnte Erkundigung eingeleitet habe;

- gibt Kenntnis von einer Eingabe des Schweizerischen Zeitungsverlegerverbandes, der auf die grossen Existenzsorgen der Presse verweist, vom Bund eine Reihe von Erleichterungen wünscht und deshalb eine Besprechung mit einer Delegation des Bundesrates begehrt. Der Rat beschliesst, die gewünschte Unterredung zu gewähren und bestellt die Delegation aus den Herren Bonvin und Celio;
- gibt Kenntnis von einer Einladung zum 5. Weltgetroide- und Brotkongress, der in der DDR stattfinden soll. Das EPD und das FZD werden die Angelegenheit weiter abklären.

Herr Gnägi

- orientiert den Rat über das Ergebnis der Beratungen der Militärkommission des Ständerates, die der Baubotschaft und der Rüstungsbotschaft des Bundesrates zugestimmt hat;
- orientiert über seinen Besuch der Manöver des ersten Corps, die ihm einen sehr guten Eindruck hinterliessen;
- orientiert über die letzte Sitzung der KML, in deren Verlauf unter anderem die Fragen der Beibehaltung der Kavallerie und der Flugzeugbeschaffung besprochen wurden. Bezüglich des Waffenplatzes im Jura ist noch keine Antwort der Gemeinden eingetroffen.

Herr Celio

- teilt mit, dass sich bezüglich der SUVA-Rente des bei St. Moritz in einer Schlägerei getöteten Italieners Schwierigkeiten zu ergeben drohen: Die SUVA beabsichtigt in der Tat, mit Rücksicht auf das Mitverschulden des getöteten Italieners keine Renten für die Witwe und die Kinder auszurichten. Es besteht die Gefahr neuer Differenzen mit Italien, wo man sich mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer gerichtlichen Beurteilung in oberster Instanz nicht abfinden würde. Herr Tschudi wird die Angelegenheit mit Herrn Direktor Lang von der SUVA besprechen.

- 4 -

Herr Tschudi

- gibt bekannt, dass Professor Hochstrasser einen Besuch nach Russland (Besuch von Atomanlagen) anzunehmen gedenke und im Juli nach Moskau fahren würde. Das EPD ist einverstanden. Der Bundesrat stimmt ebenfalls zu.

Herr Bundeskanzler Huber

- verweist auf ein Telegramm des Schweizerischen Bundes aktiver Protestanten, der Kritik an der Haltung des Bundesrates im Zusammenhang mit dem Papstbesuch in Genf äussert. Es wird festgestellt, dass diese Kritik von einer völligen Verkennung des Sachverhalts ausgeht und unbegründet ist. Sie soll ad acta gelegt werden;
- verweist darauf, dass am 28. Mai der vierteljährliche Abendessen mit den alt Bundesräten fällig ist. Trotz starker Beanspruchung mehrerer Mitglieder an diesem Tage merkt sich der Rat dieses Datum definitiv vor.

1.5.1969 Br/Ba

BUNDESKANZLEIgeht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)